Der Oberbürgermeister

Amt: Bauverwaltung

AZ: I/600010

Beschlusskontrolle:

Beschlussvorlage- Nr. 0335/21 öffentlich

Betreff: Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für Straßenausbaumaßnahmen, bei denen die sachlichen Beitragspflichten bis 31. Dezember 2019 entstanden sind -
Entscheidung

		Abstimmungsergebnis:			Änderung des Beschlussvorschlages
		Ja	Nein	Enth.	
Vorberatung Haushalts- und Finanzausschuss	23.03.2021	☐	☐	☐	☐
Entscheidung Stadtrat	29.04.2021	☐	☐	☐	☐

Finanzielle Auswirkungen Die im Betreff genannte Maßnahme ist mit Einnahmen in Höhe von insgesamt ca. 61.500,00 EUR im Haushaltsplan 2021

Ja

Kostenstelle 542100, 545100 Kostenträger 54210099, 54510099 verbunden

Nein

Auszüge vorbehaltlich der Genehmigung sind zuzuleiten:

Amt: 60

(ansonsten Protokolle im Intranet)

Aufgestellt: Frau Arndt

Amt: 60

mitgezeichnet: Frau Otto, AL 60
Frau Dr. Ristow, Dez. I

- Oberbürgermeister -

Kurze Inhaltsangabe (bitte für Bürger/Gäste Inhalt kurz zusammenfassen):

Aufgrund der Übergangsvorschriften des Gesetzes zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vom 15. Dezember 2020 ist es erforderlich, zur Erhebung der Straßenausbaubeiträge für Maßnahmen, für die vor dem 1. Januar 2020 die Beitragspflicht entstanden ist, eine Entscheidung zur Erhebung herbeizuführen.

Begründung:

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat am 15. Dezember 2020 das Gesetz zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge beschlossen.

In den Übergangsvorschriften (§ 18a) zum Gesetz zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ist u. a. geregelt, dass die Gemeinden für notwendige Maßnahmen, soweit die Beitragspflichten bis spätestens 31. Dezember 2019 entstanden sind und noch keine Beiträge erhoben worden sind, Straßenausbaubeiträge noch **erheben können**. Sollten die Gemeinden von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch machen, erfolgt vom Land für diese möglichen Einnahmen aus Beiträgen **keine Erstattung**.

Eine Erhebung wäre für zwei Straßenausbaumaßnahmen möglich und wird vorgeschlagen:

- 1. Kustrenaer Straße - westlicher Gehweg und**
- 2. Johann-Rust-Straße - Straßenbeleuchtung.**

Zu 1.:

Im Zuge der Maßnahme „Instandsetzung Stadtstraßen Bernburg (Saale) und Ortsteile“ wurde ein Teilbereich des westlichen Gehweges der Kustrenaer Straße in den Jahren 2017 und 2018 erneuert. Dies betrifft konkret den Bereich von der Christianstraße bis zur Waisenhausstraße. Die Prüfung hat ergeben, dass diese Maßnahme in ihrem Umfang eine beitragsfähige Erneuerung darstellt und somit Beiträge zu erheben sind. Die Anliegerversammlungen fanden am 23. März 2017 und 25. Januar 2018 statt. Die sachliche Beitragspflicht ist am 19. Februar 2019 entstanden.

beitragsfähige Gesamtkosten: 135.931,54 EUR

Umlage: 50 % (öffentliche Verkehrsanlage, die überwiegend dem Durchgangsverkehr dient)

Beitragssatz: 0,780367 EUR/m² Abrechnungsfläche

Einnahmen aus Straßenausbaubeiträgen: 56.208,18 EUR

Anzahl der Bescheide: 122

Zu 2.:

Im Zuge der Gehwegerneuerung im Rahmen der Maßnahme „Instandsetzung Stadtstraßen Bernburg (Saale) und Ortsteile 2019“ wurde in der Johann-Rust-Straße 20 a/b – 22 a/b eine neue Straßenbeleuchtung gesetzt. Die sachliche Beitragspflicht für die Straßenbeleuchtung ist am 21. November 2019 entstanden. Die Prüfung hat ergeben, dass diese Maßnahme in ihrem Umfang eine beitragsfähige Verbesserung darstellt und somit Beiträge zu erheben sind. Die Anliegerversammlung fand am 06. Februar 2019 statt.

Beitragsfähige Gesamtkosten für 5 neue Leuchten: 19.027,35 EUR

Umlage: 75 % (öffentliche Verkehrsanlage, die überwiegend dem Anliegerverkehr dient)

Beitragssatz: 0,580290 EUR/m² Abrechnungsfläche

Einnahmen aus Straßenausbaubeiträgen: 5.312,83 EUR

Anzahl der Bescheide: 6

Angesichts der sehr angespannten Haushaltslage der Stadt Bernburg (Saale) und der ausgesprochenen Haushaltssperre wird seitens der Verwaltung empfohlen, die o. g. gesetzlich mögliche Beitragserhebung für beide Straßenausbaumaßnahmen durchzuführen.

Im Jahr 2021 können die Beitragsbescheide versendet werden. Die Vorbereitungsarbeiten sind abgeschlossen. Von einer Erhebung im Jahr 2020 wurde abgesehen, weil im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens der Termin der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge strittig war (ab 1. Januar 2019 oder 2020). Der Gesetzgeber hat sich letztlich für den Termin 1. Januar 2020 entschieden.

Beschlussvorschlag:

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt gemäß § 18a des Gesetzes zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vom 15. Dezember 2020 die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für die Maßnahmen, bei denen die sachlichen Beitragspflichten bis 31. Dezember 2019 entstanden sind.